

0. Präambel

Die BezirksSchüler*innenVertretung Bielefeld ist die legitimierte Vertretung aller knapp 44.000 Schüler*innen in Bielefeld. Schüler*innen werden immer wieder mit schulischen Problemen konfrontiert, gegen die sie als einzelne Schüler*innen kaum etwas tun können. Unsere Aufgabe besteht darin, die Schüler*innen und SVen bei diesen Problemen zu unterstützen und auch zur Vernetzung zwischen den Schüler*innenVertretungen im Stadtgebiet beizutragen. Die BSV sieht es als Grundsatz, die politische Unparteilichkeit zu wahren und schreibt somit die Fähigkeit, zwischen Meinungsvertretung und persönlicher Meinung unterscheiden zu können, als Bedingung zur Teilnahme und Mitgliedschaft in den Vorstandsämtern der BSV vor. Die BSV setzt sich als Ziel, die Schule zu einem angenehmen Ort zu machen, an dem alle Schüler*innen unbeschwert lernen können. Dies soll auch durch inhaltliche Fortbildungen geschehen. Die BSV Bielefeld agiert nach den Interessen der Schüler*innen in Bielefeld. Sie bemüht sich, an Forderungen und Wünschen orientierte Angebote zu schaffen, in denen sich diese wiederfinden. Durch Wahlen von Schüler*innen werden die BSV sowie ihre Ziele und Interessen legitimiert. .

1. Abbau von hierarchischen Strukturen

Alle Verantwortung soll unter allen gewählten Mitgliedern des BeVo gleichermaßen verteilt werden. Es sollen keine hierarchischen Strukturen entstehen, durch die gewisse Mitglieder bevorzugt werden. Alle sollten ihre Pflicht als BeVo-Mitglieder wahrnehmen und erfüllen, ohne von außen dazu aufgefordert werden zu müssen. Es ist nicht die Aufgabe der*des BSSP, dafür zu sorgen, dass der BeVo angemessen arbeitet. Jede*r sollte sich seiner*ihrer eigenen Aufgaben und Pflichten bewusst sein.

Ziel der BSV sollte es sein, Räume mit möglichst wenigen Hierarchien zu schaffen. Durch hierarchische Strukturen werden Menschen bevorzugt und es ist für Menschen am unteren Ende der Hierarchie schwerer, aufzusteigen. Ohne hierarchische Strukturen soll es allen leichter fallen, sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu engagieren, ohne bevormundet zu werden. Wir wollen anderen Gruppierungen ein Vorbild sein, indem innerhalb der gewählten Organe der BSV möglichst wenige Hierarchien bestehen.

Es ist Aufgabe der BSV, für die Hinterfragung von Autoritätspersonen zu sorgen. Schüler*innen sollen zum kritischen Hinterfragen gebracht werden, um in Folge dessen Machtmissbrauch durch Autoritäten zu erkennen und zu bekämpfen. Für die Sicherheit von Schüler*innen ist es wichtig, die eigenen Rechte sowie die Rechte von Autoritätspersonen zu kennen. Um Machtmissbrauch zu erkennen ist es essentiell, Schüler*innen über ihre Rechte zu informieren. .

2. Antidiskriminierung

2.1 Antisexismus

Sexismus bezeichnet jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres zugeschriebenen Geschlechts sowie die zugrunde liegenden Geschlechterrollen und eine Hierarchie der Geschlechter. Dieser bezieht sich auf gesellschaftlich erwartete geschlechtsspezifische Verhaltensmuster (Geschlechterstereotype), wobei Männer eine privilegierte Position inne haben, weshalb primär FINTA+-Personen von Sexismus betroffen sind. Ein weiteres Problem in Bezug auf Sexismus ist das binäre Geschlechterverständnis, welches in den meisten Köpfen vorherrscht und gegen welches die BSV Bielefeld angehen will.

Die BSV streitet Sexismus an Schulen nicht ab und toleriert und akzeptiert ihn in keiner Weise. Sexismus fängt schon bei kleinen Äußerungen wie "Ich brauche mal grade ein paar Jungs, um Tische rüberzutragen" an. Es wirkt auf den ersten Blick wohl nicht sexistisch, aber es ist trotzdem ersichtlich, dass hier eindeutig ein Unterschied zwischen Jungs und Mädchen gemacht wird, bezogen auf die körperliche Kraft ("das schwächere Geschlecht"). Aber das ist nicht das einzige, was an der Schule passiert. Der Schulhof ist leider immer noch ein Ort, an dem Mädchen auf ihr Verhalten oder Aussehen reduziert werden.

Auch die Lehrkräfte sind nicht fehlerfrei. So ist es erwiesen, dass weiblich gelesene Kinder und Jugendliche in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern mehr leisten müssen, als ihre männlichen gelesenen Mitschüler*innen. Auch dies führt dazu, dass die MINT-Fächer meist männlich dominiert sind und weiblich gelesene Personen bedeutend weniger Lust auf diese Fächer haben. Aus diesem Grund fordern wir, dass in der gesamten Schullaufbahn mindestens ein verpflichtender Projekttag zum Thema (Alltags-)Sexismus veranstaltet wird. Dort soll vermittelt werden, was sexistisch ist, wie mensch Sexismus erkennt und was mensch dagegen unternehmen kann. Außerdem sollen Stereotypen und Rollenbilder der Geschlechter angesprochen und gezeigt werden, dass diese nicht mehr aktuell sind.

Auch muss es erleichtert werden, sich über sexistische Äußerungen oder Benotungen zu beschweren. Ebenfalls müssen die Lehrkräfte geschult und sensibilisiert werden, um ein gutes Vorbild beim Antisexismus zu sein und entsprechende Diskriminierungen zu erkennen. Die BSV nimmt sich als Ziel, FINTA+-Personen in Führungspositionen, politischen Rollen und klassisch männlich dominierten Fächern zu fördern. Weitere Forderungen sind, dass die Geschlechterbilder an den Toiletten entfernt werden und durch einfache Bezeichnungen ersetzt werden, langfristig sollten bei Um- und Neubau Unisextoiletten eingeplant und gebaut werden. Menstruierenden Menschen sollen für den Notfall entsprechende, leicht zugängliche (z.B. auf den Toiletten) Hygienemittel bereitliegen und es sollte einen Ort geben, an den sich diskriminierte Menschen zurückziehen und mit einer speziell geschulten Beratungs-/Vertrauenslehrkraft sprechen können.

Unterstützenswerte Projektesind zum Beispiel "Schule ohne Sexismus", der "Girls Day" und der "Boys Day".

2.2 Antirassismus

Rassismus ist eine Gesinnung oder Ideologie, nach der Menschen aufgrund von Merkmalen die eine bestimmte Abstammung vermuten lassen, als minderwertige Gruppe kategorisiert und beurteilt werden. Die zur Abgrenzung herangezogenen Merkmale wie Hautfarbe, Körpergröße oder Sprache – teilweise auch kulturelle Merkmale wie Kleidung oder Bräuche – werden als grundsätzlicher und bestimmender Faktor menschlicher Fähigkeiten und Eigenschaften gedeutet und nach Wertigkeit eingeteilt. Dabei betrachten Rassisten alle Menschen, die ihren eigenen Merkmalen möglichst ähnlich sind, grundsätzlich als höherwertig, während alle anderen als minderwertig erachtet und diskriminiert werden.

Aus diesen Gründen fordern wir, dass in der gesamten Schullaufbahn mindestens ein verpflichtender Projekttag zum Thema (Alltags-)Rassismus veranstaltet wird. An diesem Tag soll vermittelt werden, was Rassismus ist und wie man ihn erkennt. Außerdem sollen Stereotypen von Menschengruppen kritisch thematisiert werden um somit zeigen zu können, dass diese nicht in Ordnung sind. An einem solchen Projekttag sollen allerdings auch der Nationalsozialismus und die Forderungen bestimmter Parteien heutzutage angesprochen und kritisch betrachtet werden.

Dazu sollen außerdem bessere Möglichkeiten zur Beschwerde über rassistische Äußerungen und Handlungen, sowie sichere Orte mit speziell geschultem pädagogischem Personal geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir, dass Lehrkräfte regelmäßig geschult werden, damit sie in ihrer Funktion als Wissens- und Wertvermittelnde ein Vorbild für Antirassismus sein können.

Ein unterstützenswertes Projekt ist dabei "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage".

2.3 Antibleism

Bei Ableism handelt es sich um die Diskriminierung von behinderten Menschen, dabei wird nicht unterschieden, ob es sich um körperliche oder geistige Behinderungen handelt. Es werden Menschen aufgrund mangelnder Fähigkeiten abgewertet oder als unfähig angesehen.

Menschen, die von Ableism betroffen sind sind unter anderem auch in der Schule, denn für Behinderungen gibt es kein Mindestalter. Wie bei allen anderen Diskriminierungsformen ist es auch beim Thema Ableism wichtig zu sensibilisieren. Aus diesem Grund fordern wir, dass in der gesamten Schullaufbahn mindestens ein verpflichtender Projekttag zum Thema (Alltags-)Ableism veranstaltet wird. Dort soll vermittelt werden, was bereits behindertenfeindlich ist und wie man Behindertenfeindlichkeit erkennt und was man dagegen tun kann. Außerdem sollen Stereotypen von Menschengruppen angesprochen werden und es soll gezeigt werden, dass diese nicht mehr aktuell sind. Wichtiger Bestandteil soll hierbei sein, dass behinderte Menschen genauso Mitglied der Gesellschaft sind, wie Menschen, die keine Behinderung haben.

Auch muss es leichter gemacht werden, dass man sich über diskriminierende Äußerungen oder Benotungen beschweren kann. Ebenfalls müssen die Lehrkräfte geschult werden, um ein gutes Vorbild beim Antibleism zu sein.

Außerdem fordern wir, dass es einen Ort gibt, an den sich diskriminierte Menschen zurückziehen und mit einer Beratungs-/Vertrauenslehrkraft oder sonstigem pädagogischen Personal geschützt sprechen können.

Des Weiteren müssen die Schulen soweit ausgebaut sein, dass körperlich behinderte Kinder & Jugendliche, die z.B. in Rollstühlen sitzen oder blind sind, in alle Räume der Schule kommen können und selbstständig zurecht kommen.

Ein Aspekt, der beim Thema Ableism oft zu kurz kommt sind sogenannte “unsichtbare Behinderungen”, wozu auch Autismus gehört. Viele Autist*innen haben Probleme mit der Reizverarbeitung. Deswegen fordern wir, dass Klassenräume und Schulgebäude möglichst reizarm gestaltet werden, zum Beispiel durch ruhige Farbe (wie zum Beispiel hellblau). Auch sollen in allen Unterrichtsräumen Lärmschutzkopfhörer sein, welche alle benutzen dürfen. Somit wird dabei keine Unterscheidung gemacht zwischen autistischen Personen und nicht-autistischen Personen was zu einer “Normalisierung” führt und sensibilisieren kann. Die BSV Bielefeld fordert Ruheräume, in welchen Menschen sich zurückziehen können um der Reizüberflutung - zum Beispiel in Pausen - zu entkommen, was vielen autistischen Personen einen angenehmeren Schulalltag bieten kann, da dies Meltdowns vorbeugen kann.

2.4 Sonstiges

Dieser Punkt im Grundsatzprogramm wird durch weitere Fakten und Forderungen in unserem “Konzept gegen Diskriminierung von Minderheiten und Frauen*” ergänzt.

3. Umwelt und Klima

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe. Im folgenden werden wir auflisten, was wir als BSV fordern

3.1. Nachhaltige Nutzung von Ressourcen

In einer Welt in der die Klimakrise und Ressourcenknappheit aktueller als je zuvor sind, müssen wir uns als BSV für eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen einsetzen. Die Ressourcen unseres Planeten sind begrenzt und es ist im Interesse aller diese solange wie möglich zu erhalten. Auch wir wollen unsere Ressourcen Nachhaltig nutzen indem wir auf Einweg Artikel verzichten und die Nutzung von Mehrweg Produkten erweitern wollen. Für unserer Aller Zukunft ist es wichtig Ressourcen zu sparen, weshalb wir auch alle anderen Organisationen sowie Einzelpersonen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren eingeschränkten Ressourcen bewegen wollen.

Der Klimawandel ist extrem wichtig! In den Schulen kann mensch schon sehr früh zeigen, was mensch gegen den Klimawandel bewirken kann und wie mensch ein Unterstützer*in werden kann. Im allgemeinen sollen sich alle Bielefelder Schulen die Aufgabe machen, ständig über den Klimawandel zu sprechen und es soll im generellen eine Aufklärung für Schüler*innen geben.

Viele Schüler*innen wissen garnicht das sich manche Organisationen aktiv gegen den Klimawandel engagieren. Sie wissen auch überhaupt nicht, wie sie starten sollen oder wo sie anfangen können. Schüler*innen sollen ermutigt werden bei den Organisationen teilzunehmen und dazu soll mensch die Organisationen ermutigen in den Bielefelder Schulen Projektstage zu organisieren, damit sie aktiv die Schüler*innen fördern.

Statt analoger Arbeitsblätter könnten durch von der Stadt verliehene Endgeräte die Arbeitsblätter digital verteilt und bearbeitet werden, somit wird nicht nur Papier gespart, sondern auch digitale Kompetenz vermittelt.

4. Bildungspolitik

4.1 Schulsystem

Unser Schulsystem ist komplex und hat eine starre Struktur. Mensch hört zwar immer von Gymnasium, Realschule, Hauptschule und Gesamtschule, doch es gibt noch viele weitere Schulformen, Berufskolleg, Förderschulen, Sekundarschulen und mehr.

Um das Schulsystem zu verstehen, müssen wir in die Vergangenheit schauen, als das jetzige Schulsystem entstanden ist. Bereits im 19. Jahrhundert gab es ähnliche Strukturen wie es sie heute gibt. Zu der Zeit dienten Gymnasien dazu, die Jugendlichen auf ein Hochschulstudium vorzubereiten damit sie dann Politiker*innen, Geschäftsführer*innen oder andere einflussreiche Menschen wurden. Daneben gab es die Mittelschulen, was heute der Hauptschule entspricht. Dort sollten die Jugendlichen auf das Leben als Beamte vorbereitet werden. Während die Mittelschule für die breite Masse gedacht war, weshalb sie auch Volksschule genannt wurde, gingen auf die Gymnasien nur Angehörigen der Elite. Wer Geld oder Macht hatte, konnte dies nutzen um die eigenen Kinder auf das Gymnasium zu schicken. Das Schulsystem hatte somit zur Folge, dass Reiche immer reich blieben und Arme immer arm.

Heute ist es leider nicht viel anders. Mensch sieht noch heute, dass Kinder, die aus wohlhabenderen Familien kommen, eher auf ein Gymnasium gehen, als Kinder aus ärmeren Familien. Das hängt mit dem Bildungsgrad der Eltern ab, aber auch von deren Einkommen, mit dem dann zum Beispiel sehr gute Nachhilfe, oder besseres und zusätzliches Material finanziert werden kann. Das jetzige Schulsystem sorgt für eine starke Chancen- und Bildungsungerechtigkeit. Diese wird dadurch verstärkt, dass eine Lehrkraft bereits nach 3 ½ Schuljahren anhand von Noten ohne sonstige Kriterien wie dem persönlichen Umfeld beurteilt, ob ein Kind eine Gymnasialempfehlung bekommt oder nicht.

Dies zeigt, dadurch dass sich bereits in jungen Jahren ein enormer Leistungsdruck bildet. Der weitere Verlauf entscheidet sich schon maßgeblich im Alter von 9-11 Jahren. Danach wird es meist nicht besser. Seien es die Eltern, die mensch nicht enttäuschen will oder die eigenen Ziele, die mensch erreichen möchte. Möchte mensch studieren, so haben einige Studiengänge einen Numerus clausus (NC) von z.B. 1,0 für Medizin. Auch die freie Wirtschaft und die staatliche Verwaltung setzen gute Noten voraus..

Doch Noten sind kein Indikator von Intelligenz oder Können. Mensch kann schlechte Noten im Abitur haben, aber trotzdem handwerklich oder politisch gebildeter sein als jemand mit gutem Abitur. Noten spiegeln nur wieder, wie gut jemand den Unterrichtsstoff auswendig lernt und in der Prüfungssituation aufs Papier bringt.

Ein anderes Beispiel ist eine überdurchschnittlich intelligente Person, deren Eltern sich scheiden lassen wollen. Das kann tiefe Wunden hinterlassen und die Noten beeinträchtigen. Dadurch schmälern sich aber die Chancen, auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

Wir fordern, dass alle Schulformen zu einer Schulform zusammengelegt werden. An diesen Gesamtschulen soll es Klassen mit höchstens 15 Kindern geben. Außerdem sollen die Noten abgeschafft und durch einen Blick auf die persönlichen Stärken und Schwächen ersetzt werden. Zusätzlich zu dem Bildungsangebot soll es an Schulen noch ein zusätzliches Angebot geben, das der Entfaltung der persönlich Interessen dienen soll. Auch sollen zusätzliche Förderangebote geschaffen werden, um mögliche Schwierigkeiten mit dem Schulstoff oder den Mitmenschen beiseite zu schaffen.

4.2 Lektüren im Deutschunterricht

Im Deutschunterricht werden häufig veraltete Lektüren ohne einen Bezug zur heutigen Welt verpflichtend gelesen. Wir, die BSV Bielefeld sind der Meinung, dass mensch unbedingt die Förderung gesellschaftlich relevanterer Lektüren stärken sollte. Dementsprechend sollte auch der Unterricht an die neuen Lektüren angepasst werden.

4.3 Grundschule

Schon seit langem wird darüber debattiert, ob die Grundschulzeit vier Jahre dauern soll, oder wie in Berlin und Brandenburg sechs Jahre.

Was für die vier Jahre spricht ist, dass die Pubertät noch keinen Einfluss auf die weitere Schullaufbahn hat. Außerdem sollen Kindern nach nur vier Jahren Grundschule bessere Leistungen gezeigt haben, als Kinder mit sechs Jahren Grundschule. Als Gefahr wird gesehen, dass begabte Kinder schnell unterfordert würden, wenn sie noch zwei weitere Jahre auf die Grundschule gingen.

Die Vorteile, die für sechs Jahre Grundschule sprechen sind, dass Kinder im Alter von neun bis elf Jahren nicht aus ihrem gewohnten Umfeld entrissen werden. Dies soll Heimweh hervorrufen und die Leistung beeinträchtigen. Außerdem ist es den Kindern in der verlängerten Zeit möglich, sich bereits eigene Ziele zu setzen und entspannter zu lernen. Dadurch wird auch gewährleistet, dass Kinder, die sich langsamer entwickeln, nicht abgehängt werden. Positiver Nebeneffekt ist dann auch, dass die Schullaufbahnentscheidungen nach sechs Jahren deutlich präziser sind als die nach vier Jahren.

Wir fordern, dass die Grundschule auf sechs Jahre verlängert wird und dafür die weiterführende Schule um zwei Jahre gekürzt wird.

Seit Jahren steigt die Zahl der jahrgangskombinierten Klassen. In diesen Klassen werden meist Kinder der Klassen 1 und 2 bzw. 3 und 4 (bzw. 5 und 6) gemeinsam unterrichtet. So ist es für Kindern, mit Problemen beim Lernen, möglich, selbst in der 2. Klasse noch Schulstoff der 1. Klasse nachzuholen bzw. den aktuellen Stoff auf dem Niveau zu bearbeiten. Ein weiterer Vorteil daran ist, dass die Kinder aus der 1. Klasse sich Hilfe holen können bei denen aus der 2. Klasse. Gleichzeitig lernen diese dann, wie mensch den gelernten Stoff vermittelt, womit mensch ihn auch selber besser versteht.

Wir fordern deshalb, dass es an mehreren Schulen solche Klassen geben soll, um zu schauen, wie sich die Kinder entwickeln und wie sich die Entwicklung der Kinder nach der Grundschule unterscheidet. Sollte dabei das Ergebnis positiv ausfallen, so fordern wir, dass dieses Konzept flächendeckend umgesetzt wird.

Wir als BSV Bielefeld wollen Grundschüler*innen die Möglichkeit bieten ihre Wünsche und Interessen zu bilden und diese in der Politik zu vertreten. Wir wollen auch, dass Grundschüler*innen Kritik äußern dürfen und ihnen helfen diese weiter zu geben und mit dieser zu arbeiten.

4.4. Wiederholung eines Schuljahres

Keiner ist gezwungen, ein Schuljahr zu wiederholen, jedoch sollte dies im eigenen Interesse stattfinden und mit der zu Erziehenden Person und dem Lehrer besprochen werden müssen. Dazu sollte das Umfeld und die Situation auch betrachtet werden und nicht nur die Schulische Leistung.

Schüler*innen haben selber die Möglichkeit ein Schuljahr zu wiederholen. Diese Handlung empfehlen Lehrer*innen oder Erziehungsberechtigte aufgrund der Noten oder der verpassten Unterrichtsinhalte. Schüler*innen kritisieren jedoch diese Empfehlung. Zum einen empfinden Schüler*innen, dass sie als ungebildet oder als Sonderfall gelten. Es ist nicht zielführend das Kind aus einer funktionierenden Klassengemeinschaft zu ziehen. Schüler*innen berichten hier, dass sie ihre Freunde vermissen und es ihnen schwer fällt sich in die neue Klasse zu integrieren. Wir als BSV finden das Schüler*innen meistens zu unrecht ein Wiederholungsbedarf zugeschrieben wird. Schüler*innen haben meistens nur ein Schulfach in dem sie Wiederholungsbedarf haben. Außerdem bleiben gehäufte Schüler*innen mit einer Migrationsgeschichte sitzen. Hier nehmen Lehrer*innen die Rechtfertigung der Sprache und der Rechtschreibung. Wir als BSV Bielefeld wollen uns deshalb bemühen, Schüler*innen eine Bessere und einfachere Alternative bieten, beispielsweise durch Förderungen in Problembereichen. Außerdem wollen wir nicht, dass Schüler*innen aufgrund ihrer Sprachkenntnisse als Ungebildet und Fremd betitelt werden. Wir wollen einen besseren Umgang mit Schüler*innen, die mit dem Lernstoff zurückhängen, Beispielsweise mit Beratungen und Unterstützung durch Sozialpädagog*innen an der Schule.

4.5 Schulfach Wirtschaft

Seit dem Schuljahr 2019/20 wird das Fach Wirtschaft/Politik anstelle von Sozialwissenschaften unterrichtet. Es soll die ökonomische Bildung der Schüler*innen - bei Themen wie der Wirtschaftsordnung oder der Verbraucherbildung - stärken. Doch schon im Namen des Faches wird dessen Sinn deutlich. Die Wirtschaft bekommt dadurch einen noch viel höheren Stellenwert in der Schule, als sie bisher schon besitzt. Die Folge ist, dass die Sozialwissenschaften, also Soziologie und Politik, weniger Teil haben am Unterricht. Sowa ist fatal in einem Schulsystem, in dem es immer weniger Platz für politische Willensbildung und Debatten gibt.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch mit der zunehmend unpolitische Jugend beschäftigen. Während 1972 noch knapp 85% der 18 - 29 jährigen zur Bundestagswahl gingen, waren es 2017 gerade einmal ca. 68%. Nimmt mensch nun wichtige Teile des Politikunterrichts aus dem Lehrplan, wird es vielen jüngeren Menschen noch schwieriger fallen, sich für eine Partei zu entscheiden und sich eine politische Meinung zu bilden. Und wir dürfen nicht vergessen, dass es viele Menschen gibt, die gerade erst das Sozialwissenschaftsstudium begonnen haben oder auch schon länger dabei sind. Sie stehen dadurch vor einem riesigen Problem, denn das Fach zu diesem Studium gibt es nicht mehr und mit diesem Studium dürfen sie das neue Fach nicht unterrichten.

Wir fordern deshalb, dass das Fach Wirtschaft nicht an die Schule gehört und wieder durch Sozialwissenschaften ersetzt werden soll. Es sollte eher Wert darauf gelegt werden, dass Schüler*innen grundlegende Sachen wie eine Steuererklärung oder eine vernünftige Bewerbung beherrschen, als das sie das komplexe Wirtschaftssystem verstehen. Denn das sind Themen, die nach der Schule relevant werden und danach kann mensch sich in Ruhe mit der Wirtschaft beschäftigen. Dann kennt mensch nämlich die Grundlagen der Politik und des Sozialstaates, mit denen mensch sich dann in dem langen Arbeitsleben mit den wirtschaftspolitischen Zusammenhängen vertraut machen kann, wenn es die Person interessiert.

4.5 Schulfach Informatik

Wir befürworten die Einführung des Faches Informatik an Schulen. Die Digitalisierung ändert unsere Arbeits- und Lebensweise rasant. Heutzutage ist es kaum noch vorstellbar, ohne all die technischen Geräte zu leben. Wir finden den Ansatz des Bildungsministeriums des Faches gut, nämlich dort Grundkenntnisse im Programmieren und gewisse Medienkompetenzen zu vermitteln.

Doch sehen wir einen anderen Punkt als viel wichtiger an: Sicherheit. Wie schütze ich mich im Internet vor Hackerangriffen? Was ist ein Trojaner oder ein Virus? Wie erkenne ich eine unseriöse Software oder Anbieter? Aber auch andere Themen sind wichtig, wie zum Beispiel wie gesund ist es, 10-14 Stunden vor einem Bildschirm zu sitzen? Wie sitze ich gut für meinen Körper bzw. Rücken? Welchen Abstand sollte ich zum Bildschirm haben? Wie gehe ich mit meinen sensiblen Daten um? Was gebe ich freiwillig Preis, sowohl bei z.B. der Erstellung eines Instagram-Accounts oder auch bei öffentlichen Posts auf z.B. Instagram? Will ich, das meine Adresse oder Bilder von mir im Internet existieren?

Wir fordern, dass solche Fragen einen Schwerpunkt in dem Fach Informatik bilden müssen und vorrangig zu den anderen Kompetenzen unterrichtet werden sollten.

5. SV an Schule

5.1 Drittelparität in der Schulkonferenz

Die Schulkonferenz ist das höchste beschlussfassende Gremium an jeder Schule. Alle schulischen Gremien müssen sich an Ihre Beschlüsse halten. Daher ist es umso wichtiger, dass alle an Schule beteiligten Menschen entsprechend in der Schulkonferenz vertreten sind. Das sind die Eltern, die Lehrkräfte aber auch die Schüler*innen. Doch leider sind die Stimmverhältnisse nicht gerecht verteilt, denn jede der drei Gruppen hat ein Drittel der Stimmen in der Schulkonferenz. Betrachtet mensch allerdings die Verteilung der einzelnen Gruppen, so sieht mensch die Ungerechtigkeit sofort. Während die Eltern von den Beschlüssen in fast allen Fällen nicht betroffen sind, so trifft es die Lehrkräfte und Schüler*innen umso mehr. Zwar sind Lehrkräfte und Schüler*innen in der Schulkonferenz gleich stark vertreten, doch in der Schule gibt es meist zehnmal so viele Schüler*innen wie Lehrkräfte.

Deshalb fordern wir, dass an weiterführenden Schulen die Drittelparität abgeschafft wird und durch eine Stimmverteilung nach 3:2:1 (Schüler*innen, : Lehrkräfte, : Eltern) ersetzt wird. Die Größe der Schulkonferenz bleibt dabei unangetastet.

5.2 Stimmrecht in Fachkonferenzen

In der Fachkonferenz werden fachspezifische Entscheidungen getroffen, die Schüler*innen maßgeblich betreffen. Dort werden Entscheidungen zur fachmethodischen und fachdidaktischen Arbeit, zur Leistungsbewertung, die Einführung und Anschaffung von Lernmitteln sowie den Aufbau von Sammlungen und die Einrichtung von Fachräumen getroffen. Leider haben die Schüler*innen in den Fachkonferenzen nur Rede- und Antragsrecht und kein Stimmrecht. Das behindert aktive Mitbestimmung von engagierten Schüler*innen. Diese Mitbestimmung würde in unseren Augen den Zusammenhalt zwischen Schüler*innen und Lehrkräften stärken und den Schüler*innen ein besseres Gefühl dafür geben, wieso eine Entscheidung gefällt wurde. Außerdem schafft es ein angenehmeres Klima für alle, da sie eben an diesen Entscheidungen beteiligt waren.

Wir fordern, dass die Schüler*innenschaft neben jeder Lehrkraft eine Stimme in jeder Fachkonferenz bekommt.

5.3 SV an Grundschulen

Das Schulgesetz in NRW sieht keine SV an Grundschulen vor. Wir halten das für falsch. Bereits eine SV an der Grundschule zu haben hat nämlich viele positive Effekte. Zum einen haben die Kinder die Möglichkeit, sich mit Problemen der Schule zu beschäftigen, sich zu organisieren und sich dann darüber auszutauschen und sich selbst eine eigene Meinung zu bilden. So bekommen die Schüler*innen bereits früh ein Gefühl des Zusammenhalts,

sammeln erste Erfahrungen in der Vertretungsarbeit und lernen schon dort die Schulstrukturen besser kennen. Außerdem lernen die Schüler*innen dann bereits früh die Demokratie kennen und verstehen sie. Sie lernen die Demokratie als wertvolles Gut in einem positiven Umfeld kennen.

Wir fordern deshalb, dass es an Schulen eine SV geben darf, soll und auch gefördert wird. Die SV soll dann auch Teil der Schulkonferenz werden und stimmberechtigt sein.

Wir als BSV Bielefeld wollen Grundschüler*innen die Möglichkeit bieten ihre Wünsche und Interessen zu bilden und diese in der Politik zu vertreten. Wir wollen, dass Grundschüler*innen Kritik äußern dürfen und wir ihnen helfen diese weiter zu geben und mit dieser zu arbeiten.

6. BSV in den Schulen

Für eine optimale Arbeit der BSV ist die Zusammenarbeit mit den SVen der Bielefelder Schulen notwendig. Da die BSV die Schüler*innenvertretung Bielefelds ist, ist die Kooperation mit den Schüler*innen notwendig um ihre Interessen optimal zu vertreten. Daher versucht die BSV Bielefeld möglichst oft in Kontakt mit den Schüler*innen zu treten.

Die BSV soll das Recht haben an SV Sitzungen teilzunehmen, aber sollte nur in Einzelfällen auf dieses Recht zurückgreifen. Jedes BSV Mitglied muss sich zuvor bei der jeweiligen Schule anmelden und darf nicht unangekündigt an der Sitzung teilnehmen. Die BSV soll sich vornehmen, starken Kontakt mit den Schüler*innensprecher*innen zu haben und dadurch die Zusammenarbeit mit den Schulen zu stärken.

7. Gewaltprävention

Um die Problematik der Gewalt an Schulen lösen zu können, ist eine intensive Beschäftigung mit der Thematik wichtig. Streitschlichter*innen und Pat*innen sollten sofort ab der fünften Klasse Einzug halten. SV-Stunden sollten dazu dienen, ethische Diskussionen führen zu können. Und um letztendlich ein harmonisches soziales Miteinander zu schaffen, sollte Platz im Unterricht eingeräumt werden. Die Lehrer:innen müssen geschult werden, psychische und physische Gewalt unter Schüler*innen zu erkennen und Konflikte lösen zu können. Prävention von Gewalt muss durch Kooperation mit geeigneten Organisationen durchgeführt werden.

Die Schule sollte ein Gewaltfreier Ort sein, weder Lehrer*innen noch Schüler*innen dürfen verbale, nonverbale als auch psychisch oder physisch Gewalt anwenden. Alleine das androhen von Gewalt muss verhindert werden und von Drittpersonen gemeldet werden. Jedoch wollen wir trotzdem in erster Linie die Sicherheit der Schüler*innen garantieren, deshalb sollen Schüler*innen nicht in eine Gewaltausübung einschreiten in der sie sich selbst in Gefahr begeben könnten. Wir als BSV verlangen intensivere Auseinandersetzung mit Gewalt die aufgrund von Menschenfeindlichkeit entstanden ist, beispielsweise aufgrund der sexuellen Orientierung eine*r Person.

8. Digitalisierung

8.1 Digitaler Unterricht

Jede*r Schüler*in soll die Möglichkeit bekommen digitalisiert im Unterricht zu arbeiten. Tafeln, Kreide, Papier, Stifte machen den Unterricht sehr abwechslungslos. Um die Schüler*innen zu entlasten, sollen sie ein Endgerät von der Stadt finanziert bekommen. Im Unterricht sollen Lehrer*innen Tafeln, Kreide, Papier(...) nicht mehr als Möglichkeit ansehen, den Unterricht aktiv zu gestalten. Smart-Boards sollen den Unterricht entlasten und ihn attraktiver für die Schüler*innen gestalten.

Jede Bielefelder Schule soll eine eigene Schul Cloud (Server) haben, damit mensch mit den Lehrer*innen schnell und flexibel kommunizieren kann. Die Möglichkeiten des digitalen Unterrichts sollten ausgeschöpft werden und neue Konzepte entwickelt.

8.2 Mobbing / Cybermobbing

Für die Sicherheit aller Schüler*innen und Lehrkräfte ist eine ausreichende Aufklärung zu sowohl Cybermobbing als auch analogem Mobbing nötig. Wir wollen Weiterbildungen für Lehrende, damit diese lernen, mit Mobbing jeglicher Art umzugehen und es auch unter den Schüler*innen erkennen zu können. Darüber hinaus müssen Lehrkräfte besonders im Umgang mit sozialen Medien geschult werden, denn dies ist der Ort, der die größten Gefahren für die Schüler*innen birgt. Durch die frühere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an sozialen Medien kommt es zudem zu vermehrtem Grooming, der Belästigung Minderjähriger durch Erwachsene im Internet. Um die Heranwachsenden davor zu schützen, ist es notwendig, bereits früh Aufklärung zu diesem Thema zu betreiben und nicht erst in der Mittelstufe. Denn zu diesem Zeitpunkt wurden die meisten Schüler*innen bereits mit den Gefahren des Internets konfrontiert. Es ist sehr wichtig, auch in der Schule Medienkompetenzen zu vermitteln, da Medien einen immer größeren Teil im Leben von jungen Menschen einnehmen. Und um diese vor fremden Menschen im Internet zu schützen, ist Aufklärung auch außerhalb von einmaligen Projekten nötig. Daher fordert die BSV den zusätzlichen begleiteten Erwerb von Medienkompetenzen innerhalb der Schule für die Sicherheit aller.

8.3 Lehrenden-Ausbildung

Lehrkräfte müssen mehr Aufgaben als nur das Lehren leisten. Deshalb ist die Ausbildung in ihrer derzeitigen Form unzureichend. Sie muss weniger theorielastig und praxisnäher gestaltet werden. Das Studium muss von Anfang an mehr Bezug zur Schule haben, so sollte eine Integration von längeren Praxisphasen in das Lehramtsstudium eingeführt werden. Damit sich der Berufswunsch während des Studiums für die Studierenden konkretisieren kann, fordern wir eine längere Praxisphase bereits am Studienanfang. Eine Verzahnung von Theorie- und Praxisphasen, wie wir sie uns wünschen würden, könnte sich orientieren an den Erfahrungen der einphasigen Lehramtsausbildungen der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg.

Im fachdidaktischen Anteil des Studiums sollen die Lehramtskandidierenden erlernen Schüler*innen orientiert zu lehren und den Unterricht flexibel zu gestalten (z.B. jahrgangsübergreifender Unterricht und Unterricht in Klassen, in denen Schüler*innen mit

und ohne Behinderungen gemeinsam lernen). Die fachdidaktischen und fachspezifischen Anteile im Studium müssen begleitet werden von einem Studium der Unterrichtsgestaltung und der Wissensvermittlung. Lehrende müssen nicht nur fachlich, sondern auch methodisch, psychologisch und pädagogisch kompetent ein.

Des Weiteren sollte im Lehramtsstudium ein Bereich geschaffen werden, der sowohl eine Einführung in die SV-Arbeit bietet als auch eine Einführung in die Rechte und Pflichten aller Beteiligten an Schule (Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern...).

Das Referendariat dient der Ausbildung. Referendar*innen dürfen nicht zur Sicherung des Unterrichts eingesetzt werden. Lehrkräfte sind verpflichtet, sich ständig fortzubilden. Diese Fortbildungen sollten besonders dazu dienen, Alternativen zum alltäglichen Frontalunterricht aufzuzeigen und auszuprobieren und dafür sorgen, dass diese Einzug in den Schulalltag halten.

Außerdem sollten Strategien zur Konfliktbewältigung und -prävention entwickelt und praktiziert werden. Die Lehrkraft sollte sich nicht als hierarchisch höher stehende Person gegenüber den Schüler*innen verstehen, sondern die Schüler*innen als gleichberechtigte Partner*innen ansehen, mit denen er*sie zusammenarbeitet.

9. Gesundheit / Sport

9.1 Sportunterricht

Wir fordern, dass der Sportunterricht nicht länger alleine aufgrund der Leistung in absoluten Zahlen bewertet wird, sondern dass der Blick auch stark auf die Verbesserung der Schüler*innen, ihren Anstrengungen, Motivation, Bemühungen und ihrer Mitarbeit gelegt wird.

Außerdem soll der Sportunterricht nicht nur auf Leistung ausgelegt sein, sondern auch viel mehr auf Gesundheit und eine ausgewogene Ernährung. Ebenfalls soll der Sportunterricht die Teamfähigkeit mehr in den Mittelpunkt rücken, als es bisher der Fall ist. Außerdem sollte das Fach Sport nicht benotet werden, da dies Kinder und Jugendliche unter zusätzlichen Druck stellt, der nicht nötig ist um die Intention des Faches aufzugreifen.

9.2 Schulessen

Schulessen ist eine Grundlage für ein glückliches Schulklima. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat Qualitätsstandards für eine ausgewogene und vollwertige Schulverpflegung definiert. Die Standards sind einfach umzusetzen. Sie machen das Essen nicht teurer, aber besser und sind von Wissenschaft und Bundesländern anerkannt.

Wir fordern die Umsetzung und Einhaltung dieser Kriterien von allen Kantinen und Cateringunternehmen der Schulen in Bielefeld. Ebenso finden wir, dass es vegetarische und vegane Essensangebote in jeder Schulmensa geben muss, damit keiner benachteiligt wird.

10. Religionsaufklärung

Jeder Mensch hat die freie Wahl seinen Glauben auszuleben, manche haben auch keinen Glauben, dies sind aber keine Gründe jemanden zu diskriminieren.

Egal ob Kopftuch oder Kippa, Kreuz oder ein religiöses Gewand, oder eben auch das Fehlen der genannten Sachen, denn im Kern sind wir alle gleich. Äußerlichkeiten, die charakteristisch für eine Religion sind, zeigen nicht, dass ein Mensch nicht so gebildet oder fortschrittlich ist, wie andere Menschen.

Um die Vorurteile gegenüber anderen Religionen entgegenzuwirken fordern wir, dass das Fach Religion (egal ob evangelisch, katholisch, usw...) aus dem Lehrplan gestrichen und durch ein allgemeines Fach über alle Religionen und Ethik ersetzt wird. Vorstellbar wäre das Fach "Praktische Philosophie", was bereits an manchen Schulen als Alternative zum Religionsunterricht angeboten wird. Konfessioneller Religionsunterricht gehört nicht in deutsche Schulen. Unabhängig von der Religionszugehörigkeit sollte ein exklusiver, nur für eine Religionsgruppe zugänglicher Religionsunterricht nicht innerhalb der Schule stattfinden. Konfessioneller Religionsunterricht soll innerhalb der Religionsstätten und nicht im Unterricht stattfinden.

Die Schule soll sich verständnisvoll gegenüber Religionen und ihren Feiertagen zeigen. Kein*e Schüler*in soll aufgrund seiner*ihrer Religionsausübung benachteiligt oder ausgegrenzt werden .

11. Demonstrationsrecht für Schüler*innen

Noch immer wird den Schüler*innen das Recht auf Demonstration während der Schulzeit verwehrt. Eine aktive Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss allerdings auch die Möglichkeit beinhalten Druck auf Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen mit Hilfe eines uneingeschränkten Demonstrationsrechts (das auch Proteste während der Unterrichtszeit ermöglicht) ausüben zu können.

Solche Möglichkeiten bieten sich in einer Anpassung des Wahlalters auf 14 Jahre, sowie die Berechtigung während der Schulzeit zu Demonstrieren. Ein Demonstrationsrecht ist entscheidend für die Jugendpartizipation, da durch dieses auf Probleme die Schüler+innen wirklich beschäftigen, aufmerksam gemacht werden kann. Weiterhin fordern wir eine bessere und ernstzunehmende Einbindung in Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.

12. Chancengerechtigkeit

Auch, wenn es für viele oft anders wirkt sind wir mit unserer Gesellschaft längst noch nicht an dem Punkt der Chancengerechtigkeit angelangt. Die sozioökonomische Herkunft von Kindern und Jugendlichen sollte keinen Einfluss auf ihre Chancen auf Bildung oder Vorteile jeglicher anderer Art haben. Wir als BSV wollen jegliche Chancenungleichheit bekämpfen. Es ist wichtig allen Menschen, dieselben Möglichkeiten für ihre persönliche Entfaltung zur Verfügung zu stellen ganz unabhängig davon wie viel ihre Eltern verdienen oder welches Ansehen sie genießen. Daher wenden wir uns ganz klar gegen Elitenbildung, die zur vermehrter Chancenungleichheit beiträgt, indem sie ökonomisch privilegierte Menschen weiter bevorzugt.